

**Betreff** (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

**Antrag** (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage**:


Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

[REDACTED]

An die  
Mitglieder des Bezirksausschuß  
des 4. Stadtbezirks Schwabing-West  
Frau Gesa Tiedemann  
80333 München

München, 18.6.2024

### Anträge für die Bürgerversammlung vom 18.6.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Bürgerversammlung bzw. in der Bürgerversammlung vom 18.6.2024 möchte ich folgende Anträge stellen:

**Ich beantrage, den Stadtrat der Stadt München bzw. die Stadtverwaltung der Stadt München aufzufordern, zum Schutz von Radfahrern und Fußgängern die einschlägigen Vorschriften der Straßenverkehrsordnung hinsichtlich von Verstößen beim ruhenden Verkehr (Halte- und Parkverbote, Abstellen von Kraftfahrzeugen auf Geh- und Radwegen) ab sofort konsequent zu ahnden und von der bisher gewohnten Gepflogenheit, insbesondere bei LKWs grundsätzlich mehrere Minuten lang erst einmal ein Auge zuzudrücken und wegzuschauen, abzurücken. Ich verweise diesbezüglich auf die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig vom 6. Juni 2024, Aktenzeichen 3 C 5.23**

**Ich beantrage, den Stadtrat der Stadt München bzw. die Stadtverwaltung der Stadt München aufzufordern, zum Schutz von Radfahrern eine konsequente Überwachung der absoluten Halteverbote im Bereich der Nebenstraßen des Stadtbezirks Schwabing-West durchzuführen und auch Verstöße gegen das Parken in zweiter Reihe konsequent mit dem Instrumentarium der StVO zu ahnden**

Begründung:

Ich habe mich in den vergangenen Jahren mehrfach mit Anträgen bezüglich der Probleme mit dem ruhenden Verkehr an die Stadtspitze gewandt, ohne jeglichen Erfolg, es hat sich NICHTS geändert, ich habe den Eindruck, daß die verantwortlichen Politiker im Stadtrat die Vorgehensweise rücksichtsloser Autofahrer, um diese Metapher zu gebrauchen, mit Zähnen und Klauen verteidigen.

Es sind nicht nur die auf Rad- und Gehwegen abgestellten Kraftfahrzeuge, die den nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmern das Leben schwer machen, insbesondere auch die regelmäßig in zweiter Reihe oder in absoluten Halteverboten, beispielsweise im gesamten Bereich der Agnesstraße, der Isabellastraße, der Tengstraße und all den anderen kleineren Straßen in Schwabing-West stellen für Radfahrer eine erhebliche Gefahr dar, weil durch die rechtswidrig abgestellten Fahrzeuge auf den meist sehr schmalen Straßen fast immer eine Fahrspur völlig blockiert ist und Radfahrer dann nur die Wahl haben, auf eigenes Risiko auf die Gegenfahrbahn auszuweichen.

Ich bin mittlerweile fast 72 Jahre alt und sehe absolut nicht mehr ein, daß ich von rücksichtslosen Autofahrern, seien es LKWs oder PKWS, gezwungen werde, mich der Gefahr auszusetzen, die rechte Fahrbahn zu verlassen und auf die Gegenfahrbahn auszuweichen.

Bei Presseterminen und ähnlichen Veranstaltungen lassen die Vertreter der Stadtspitze, Bürgermeister und Stadträte, keine Gelegenheit aus, wie sehr ihnen die Senioren, deren Probleme, deren Gesundheit und ähnliches am Herzen liegen, aber wenn es um die Umsetzung von konkreten Maßnahmen geht, dann hört man von diesen Leuten nichts mehr.

So heißt es in dem Schreiben einer [REDACTED] des „Feedbackteams“ im KVR vom 26.7.2022 auf der Seite 2:

**„Selbstverständlich genießen Fahrradfahrer\*innen besonderen Schutz bei der Nutzung der öffentlichen Radwege oder Straßen.“**

Im gleichen Schreiben der [REDACTED], das ich als Antwort auf eine Beschwerde gegen einen Mitarbeiter des KVR erhalten habe, heißt es ebenfalls:

**„Der betreffende LKW parkte in zweiter Reihe; eine Ladetätigkeit war für dir Außendienstkraft ersichtlich, weshalb dieser Aufgrund fehlender Ladezonen nicht notiert wurde“**

Das bedeutet im Grunde nichts anderes, als daß im Konfliktfall zwischen den Rechten des Radfahrers nach der StVO und dem Interesse des LKW-Fahrers das rechtswidrige Handeln des letzteren Vorrang genießt, der rücksichtslose und rechtswidrige LKW-Fahrer wird vom KVR mehr geschützt als der sich an die StVO haltende Radfahrer.

Dies ist nicht nur eine Zumutung, es ist eine glatte Unverschämtheit!!

In der Agnesstraße ist aufgrund von Baumaßnahmen auf dem Grundstück der ehemaligen Post seit Oktober letzten Jahres zwischen der Arcisstraße und der Isabellastraße auf ganzer Länge dieses Grundstücks ein vorübergehendes absolutes Halteverbot erlassen worden, was, wie sollte es auch anders sein, von Autofahrern von Anfang an konsequent ignoriert wird. Diese Verstöße wiederum werden von den Behörden konsequent ignoriert, ich habe nicht ein einziges Mal beobachtet, daß von einem Polizeibeamten oder einem Beschäftigten der Kommunalen Verkehrsüberwachung eingeschritten worden ist.

Als ich vor ein paar Tagen einen Außendienstmitarbeiter der KVÜ beobachtete, wie er in aller Ruhe den besagten Abschnitt der Agnesstraße entlang ging und die Parkverstöße von mehr als einem halben Dutzend PKWS ignorierte, die allesamt im absoluten Halteverbot standen, fragte ich ihn, ob er denn die zahlreichen rechtswidrig abgestellten denn nicht sehe. Er bejahte dies zwar, meinte aber, daß es sich hierbei nur um temporäre Halteverbote handele, die ihn nichts angingen, diese dürften nur von der Polizei verfolgt werden, nicht dagegen von KVR bzw. deren Mitarbeiter.

Das ist absolut unfassbar und dem Bürger wohl nicht mehr zu vermitteln!

Aufgrund der Verkehrssituation und der Baumaßnahmen kommt es regelmäßig für LKWs, die diese Stelle passieren müssen zu großen Problemen, zumal die Arcisstraße zwischen der Agnesstraße und der Elisabethstraße gesperrt ist und der gesamte Verkehr somit über die

Agnesstraße umgeleitet wird. Die Agnesstraße ist aber so schmal, daß aufgrund der rechtswidrig auf beiden Seiten abgestellten PKWs für LKWs kaum ausreichend Platz bleibt.

Am 14.6.2024 gegen 16.00 Uhr versuchte – wieder einmal – ein LKW diese Stelle zu passieren, was ihm nur nach mehrminütigem Rangieren gelang, weil die beiderseitig im absoluten Halteverbot abgestellten PKWs die Straße weitgehend versperrt hatten.



Im Herbst letzten Jahres war in der Lokalpresse zu lesen, daß das KVR „selbst abschleppen“ will und dafür angeblich ein

### **„Knallhart-Plan gegen Falschparker“**

existiere.

In Anbetracht dessen, was seither geschehen ist, ist diese Ankündigung als Lachnummer zu sehen, denn in Wahrheit offenkundig ist die KVÜ wohl eher auf der Seite der Falschparker, anders kann man die im Schreiben des Kreisverwaltungsreferats vom 3.8.2021 getroffene Feststellung, daß Falschparker in den ersten drei Minuten von den Mitarbeitern der Kommunalen Verkehrsüberwachung nichts zu befürchten haben, nicht deuten:

Durch die Kommunale Verkehrsüberwachung werden in der Regel nur Parkverstöße (länger als 3 Minuten) geahndet.

Es ist unglaublich, daß absolute Halteverbote angeblich nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunalen Verkehrsüberwachung fallen, als Außenstehender fragt man sich, wie das möglich ist, wer wieviel an wen bezahlt, um von diesem großzügigen Wegschauen zu profitieren.

Vor ein paar Monaten, ist eine Radfahrerin, die auf der Radspur in der Kreillerstraße unterwegs war, tödlich verunglückt. Der Bayerische Rundfunk hat berichtet, daß dieser gefährliche Radweg seit 2020 Gegenstand von Diskussionen war, unternommen wurde aber nichts, weder vom KVR noch von sonstigen Institutionen oder Personen

Dies ist typisch für die Münchner Verwaltung und den Münchner Stadtrat, es wird diskutiert und diskutiert und diskutiert, ab es ändert sich nichts.

Und wenn dann ein tödliche Unfall passiert, dann vergießen die verantwortlichen Politiker und Verwaltungsbeamten Krokodilstränen und zerfließen von Trauer, Zerknirschung und Betroffenheit.

Nur hilft das der tödlich Verunglückten und ihren Angehörigen nichts mehr.

Vielleicht sollten die verantwortlichen Politiker und Beamten in Bezug auf die unzähligen rechtswidrigerweise in absoluten Halteverbote und in zweiter Reihe abgestellten LKWs und PKWs vielleicht mal etwas unternehmen, **bevor** es zu einem weiteren derartigen Unfall mit einem Radfahrer kommt, und nicht erst drei Minuten abwarten!

Oder muß erst ein zum Befahren der Gegenfahrbahn gezwungener Radfahrer von einem Auto erfaßt und verletzt oder getötet werden, bis die Stadtverwaltung München reagiert?

Der jetzige Zustand ist unhaltbar und untragbar und eine einzige Zumutung für die Radfahrer. Die Stadt München bzw. die Stadtverwaltung der Stadt München sollen endlich ihre Verantwortung für die Radfahrer übernehmen und die in den Anträgen formulierte Maßnahmen ergreifen, um sie vor rücksichtslosen LKW- und PKW-Fahrern zu schützen.

Verwaltung und Politik rechtfertigen ihre Passivität regelmäßig mit den Zahlen von gebührenpflichtigen Verwarnungen, die angeblich im Zusammenhang mit Verkehrsverstößen des ruhenden Verkehrs ergangen sind. Das ist zwar ganz nett, aber die Anzahl der Verstöße, die aufgrund des konsequenten Wegschauens der Kommunalen Verkehrsüberwachung („Durch die Kommunale Verkehrsüberwachung werden in der Regel nur Parkverstöße (länger als 3 Minuten) geahndet“ ) ist mit Sicherheit um ein Mehrfaches höher.

Falls die Anträge formal nicht korrekt formuliert sein sollte, bitte ich ihn sinngemäß umzuformulieren und korrekt formuliert zur Abstimmung zu bringen.

Bitte informieren Sie mich schriftlich über den Fortgang der Angelegenheit

Mit freundlichen Grüßen

